

Geänderte Deponiepläne liegen wieder auf

WIESENDANGEN Nach etlichen Einwendungen wurde der kantonale Gestaltungsplan für die Deponie Ruchegg überarbeitet und festgesetzt. Wiesendangen und Rickenbach haben einige ihrer Anliegen zusätzlich in einem privatrechtlichen Vertrag mit den Deponiebetreibern abgesichert.

Eigentlich hätten die Bauarbeiten für die neue Inertstoffdeponie Ruchegg, die zwischen Wiesendangen und Rickenbach entstehen soll, schon im letzten Jahr beginnen können. Doch so schnell gaben sich Anwohner und Behörden der beiden Gemeinden nicht zufrieden. 45 Einwendungen sind während der Auflagefrist im Sommer 2015 beim Kanton eingegangen und es wurde nicht mit Kritik an dem Projekt gespart. Anwohner fürchteten Dreck und Lärm sowie die Belastung durch den Schwerverkehr.

Im letzten Jahr durften sich Kanton, Gemeinden und die künftigen Deponiebetreiber, die Deponie Ruchegg AG, erst einmal mit dieser Kritik beschäftigen. Und das haben sie gemacht. In einem «guten Dialog», wie es aus Wiesendangen und Rickenbach heisst, habe man einige Lösungen gefunden. Der Gestaltungsplan wurde angepasst und die beiden Gemeinden haben zusätzlich dazu einen privatrechtlichen Vertrag mit den Deponiebetreibern unterzeichnet. Der geänderte Gestaltungsplan liegt derzeit öffentlich auf. Die Rekursfrist läuft noch bis Anfang Februar.

Weniger hoch, weniger voll

Inklusive Bau- und Rekultivierungsphase soll die Deponie im Gebiet Ruchegg/Hinteregg zwischen Bahnlinie und Nationalstrasse 16 Jahre lang betrieben werden. Auf einer Fläche von zehn Hektaren, was etwa 14 Fussballfeldern entspricht, sollen sogenannte Inertstoffe langfristig eingelagert werden. Das sind gesteinsähnliche Materialien wie zum Beispiel Beton, Ziegel oder Glas. Danach wird der Boden wieder landwirtschaftlich genutzt.

Geändert wurde im Gestaltungsplan die Höhe des fertigen Deponiekörpers. Ursprünglich sollte das Terrain um etwa 10 bis 20 Meter erhöht werden. Die endgültige Höhe wurde nun um zwei Meter reduziert. Es sollen

grundsätzlich 40 000 Kubikmeter Material weniger eingelagert werden. Insgesamt wären es dann 810 000 statt 850 000 Kubikmeter. Am östlichen Ende des Geländes wird zudem vor Betriebsbeginn ein bepflanzter Damm aufgeschüttet, der das Gebiet Hinteregg und Sulz abschirmt. Die Auffüllung der Deponie soll zudem im nordöstlichen Teil beginnen.

Erst Kreisel, dann Deponie

In einem privatrechtlichen Vertrag haben Wiesendangen und Rickenbach zudem festgehalten, dass die Deponie erst in Betrieb genommen wird, wenn der Kanton den Kreisel oberhalb des Bahnhofs Rickenbach-Attikon fertiggestellt hat. Die derzeitige Kreuzung ist ein Unfallschwerpunkt und die Gemeinden befürchteten, dass der Mehrverkehr der Deponie die Situation noch gefährlicher macht.

Die Deponiebetreiber dürfen vor Fertigstellung des Kreisels lediglich mit Vorbereitungsarbeiten beginnen. Sie übernehmen zudem die Kosten für den Kreiselarm zur Deponie. Der Kanton arbeitet derzeit an dem Projekt. Laut Mediensprecher Markus Pfanner könnten die Bauarbeiten für den Kreisel 2019 starten.

Weiter wird die Rucheggstrasse für den Fahrzeugverkehr gesperrt, um das Steineggquartier vor Schleichverkehr zu schützen. Die Deponiebetreiber haben sich zudem verpflichtet, Staub- und Luftbelastung nötigenfalls mit technischen Massnahmen zu reduzieren. Die Gemeinden Wiesendangen und Rickenbach haben beim Einsitz in der Aufsichtscommission der Deponie und sie profitieren bei Problemen je hälftig von einem Fonds, den die Deponie Ruchegg AG mit einem einmaligen Betrag finanziert. Aus diesem Fonds können bei Problemen externe Spezialisten für Abklärungen oder im Streitfall auch Anwälte bezahlt werden.

In der Gemeinde Wiesendangen ist man mit den Änderungen zufrieden. «Alle unsere Anliegen wurden berücksichtigt», sagt Gemeindeschreiber Hans-Peter Höhener. Einzig bei der Etappierung hoffe die Gemeinde nun, dass die Deponiebetreiber mit dem Landwirt und Pächter eines Stücks Land eine Lösung finden, damit zum Schutz der Anwohner zuerst auf der Ost- und Nordostseite Material aufgeschüttet werde.

Mit den Verantwortlichen der Deponie habe man lösungsorientierte Gespräche führen können. Auch der Wunsch der Gemeinde, Einsitz in die Aufsichtscommission zu erhalten, sei kein Problem gewesen. «Die Rucheggstrasse für Motorfahrzeuge zu sperren, war ein Grundsatzentscheid.» Die Erfahrungen aus anderen Deponiestandorten würden zeigen, dass es langfristig meist keine Probleme gebe.

Misstände schneller lösen

Auch die Behörden in Rickenbach heissen das Erreichte gut. «Für uns stand der Schutz der Bevölkerung im Zentrum», sagt Gemeindeschreiber Roger Jung. Mit verschiedenen Punkten habe man diesen verbessern können. Einerseits mit dem geplanten Kreisel, der fertig sein muss, bevor die Deponie ihren Betrieb aufnimmt. Andererseits mit den technischen Massnahmen gegen Staub- und Luftbelastung, dem Einsitz in der Aufsichtscommission und dem Fonds, mit dem sich die Gemeinden wehren könnten, wenn es zu Problemen komme. «Das sind alles sehr tragende Punkte für uns», sagt Jung.

Mit dem privatrechtlichen Vertrag, der mit den Betreibern abgeschlossen wurde, habe man mehr Anliegen regeln können als mit dem Gestaltungsplan allein. «Und wir haben etwas in der Hand, mit dem sich etwaige Misstände schnell und direkt mit den Verantwortlichen lösen lassen.»

«Es gibt Verbesserungen»

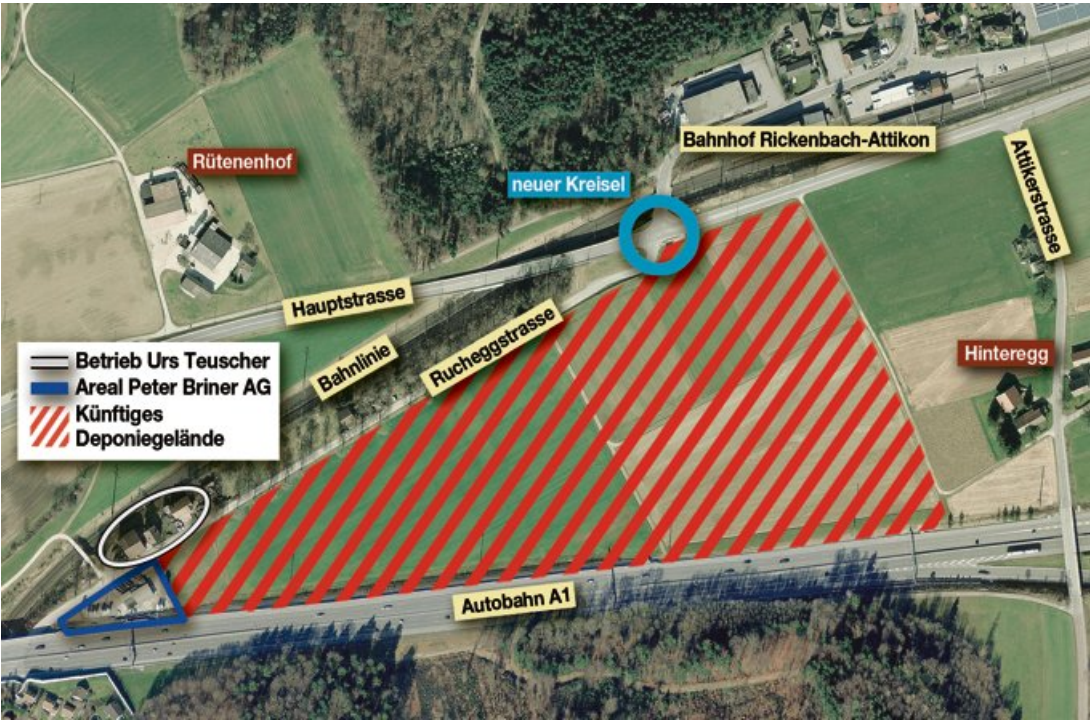
Die Gegner, die sich 2015 in einer Interessengemeinschaft (IG) zusammengeschlossen und eine Mustereinwendung gestaltet hatten, haben sich bisher noch nicht



Erst wenn der Kreisel beim Abzweiger nach Sulz fertig ist, darf die Deponie betrieben werden.

Madeleine Schoder

GEPLANTER STANDORT DER DEPONIE RUCHEGG



Quelle GIS, Grafik Archiv mb

ausgiebig mit den Änderungen am Gestaltungsplan befasst und möchten noch keine Stellungnahmen. Einzig Hansueli Truninger, der im Hinteregg wohnt, hat schon einen Blick in die Pläne geworfen. «Glücklich bin ich natür-

lich nicht», sagt er. «Aber es gibt einige Verbesserungen für uns.» Der geplante Damm in Richtung Hinteregg, das leicht reduzierte Volumen sowie die geringere Abschlusshöhe des Deponiekörpers seien sicher ein Vorteil gegenüber

den ursprünglichen Plänen. Die Gemeinden Rickenbach und Wiesendangen werden gegen den überarbeiteten Gestaltungsplan, der in der Gemeindeverwaltung Wiesendangen aufliegt, keinen Rekurs einlegen. Ines Rütten

Polizei nimmt Fischer fest wegen Kormoran-Abschuss

RHEINAU Die Kantonspolizei hat zwei Fischer verhaftet, weil sie illegal Kormorane abgeschossen haben sollen. Die Fischer gaben an, die Vögel würden übermässig fressen.

Die Zürcher Kantonspolizei hat am Donnerstag zwei Fischer am Rheinufer festgenommen. Sie sollen wiederholt mit Gewehren Kormorane abgeschossen haben. Nach kantonalem Gesetz ist der Kormoran ein geschützter Vogel, dessen Abschuss nur ausnahmsweise erlaubt ist. «Und ein Fischer ist kein Jäger», sagt Polizeisprecher Stefan Oberlin. Die beiden Fischer im Rentenalter hätten über keine Jagdberechtigung verfügt und demzufolge die Waffe nicht «in freier Wildbahn» einsetzen dürfen.

Beschuldigte sind geständig

Bei der Festnahme stellte die Polizei ein Kleinkalibergewehr sicher, ein zweites kam bei Hausdurchsuchungen an den Wohnorten der beiden Fischer zum Vorschein. Die Beschuldigten sind geständig und werden wegen Vergehen gegen das Jagd-, das Tierschutz- sowie wegen Verstosses gegen das Waffengesetz ange-

zeigt. Als Motiv gaben sie an, dass die Vögel übermässig viele Fische fressen und sie deshalb ihre Fischbestände gefährdet sahen.

Die Polizeiaktion fand aufgrund von Hinweisen aus der Be-

völkerung statt. Ein Anwohner in Rheinau berichtet, er habe davon gehört, dass am Rhein illegal gejagt werde. Auch von der Festnahme der Fischer sei ihm erzählt worden: «Ein Polizist stand mit



Der Kormoran macht den Fischern zu schaffen, ist aber geschützt.

Keystone

einer Kamera auf der Zollbrücke, ein zweiter neben der Nepomuk-Statue am Brückenkopf.» Beim oberen Hilfswehr sei ein dritter Polizist gestanden. Laut dem Anwohner soll jedoch kein Schuss

gefallen sein. Den vom Anwohner beschriebenen Wasserabschnitt pachtet der Fischereiverein Rheinau vom Kanton. Vereinspräsident Michael Riedo gibt an, erst durch den «Landboten» von der Polizeiaktion erfahren zu haben. Als Pächter verkauft der Verein auch Tages- sowie Jahreskarten an Personen, die bei Rheinau fischen wollen. Dass die beiden festgenommenen Rentner eine solche Karte gelöst haben, ist laut Riedo durchaus möglich.

«Ein Glaubenskrieg»

«Ein Fischer, der nichts fängt, denkt oft, dass es nicht an ihm liegt», sagt Riedo. Viele Fischer vertreten die Ansicht, dass die Kormorane schuld seien. «Dort, wo die Vögel gehäuft auftreten, geht der Fischbestand wirklich zurück.» Und in diesem Jahr kämen deutlich mehr Kormorane als in den letzten beiden Jahren. Allerdings gebe es auch unabhängig davon immer wieder Schwankungen bei den Fischbeständen. «Es herrscht ein regelrechter Glaubenskrieg um die Kormoran-Frage.»

Dass die Bestände verschiedener Arten zurückgehen, sieht auch die kantonale Fischerei- und

«Ein Fischer, der nichts fängt, denkt oft, dass es nicht an ihm liegt.»

Michael Riedo,
Präsident des
Fischereivereins Rheinau

Jagdverwaltung so. Neben vielen anderen Massnahmen hat das Amt 2013 per Verfügung auch den Abschuss von Kormoranen erlaubt. Ziel ist jedoch nicht eine Reduktion der Gesamtpopulation, sondern die Abschreckung der Vögel. Schiessen dürfen nur Personen mit einer entsprechenden Bewilligung – und die geht nicht an Hobbyfischer. Manuel Frick

Couragiert und differenziert

Wählen Sie am 12. Februar 2017

Daniel Oswald
in den Stadtrat